



Bericht Veranstaltung Bündnis gegen Altersarmut

Altersarmut einkalkuliert? – Auswege aus der Armutsfalle

digitale Diskussionsrunde des Bündnisses gegen Altersarmut zur Bundestagswahl 2021

Das Bündnis gegen Altersarmut hatte am 26. August 2021 Bundestagsabgeordnete aller demokratischen Parteien aus Baden-Württemberg zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Unter dem Veranstaltungstitel „Altersarmut einkalkuliert?“ diskutierten Marc Biadacz (CDU/CSU), Pascal Kober (FDP), Beate Müller-Gemmeke (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Martin Rosemann (SPD) und Jessica Tatti (Die LINKE) - alle Mitglieder des Bundestagsausschusses Arbeit und Soziales – mit dem Bündnis gegen Altersarmut. Dr. Annette Noller Vorstandsvorsitzende der Diakonie Württemberg, Ursel Wolfgramm Vorstandsvorsitzende DER PARITÄTISCHE Landesverband Baden-Württemberg, Martin Gross Landesbezirksleiter ver.di Baden-Württemberg und Roland Sing Ehrenvorsitzender des Sozialverbandes VdK Baden-Württemberg stellten als Sprecher die wichtigsten Forderungen des Bündnisses gegen Altersarmut vor, bevor mit den Politikerinnen und Politikern über Auswege aus der Armutsfalle diskutiert wurde. Moderiert wurde die Veranstaltung von Susanne Wenz (stv. LBZ-Leiterin ver.di Ba-Wü).

Deutschland steht vor gewaltigen rentenpolitischen Herausforderungen, um Altersarmut zu verhindern. Gemäß Zahlen des Statistischen Bundesamts ist seit 2005 der klare Trend erkennbar, dass immer mehr ältere Menschen armutsgefährdet sind.¹ Auch der Anteil der Personen, die im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind, ist zwischen 2003 und 2019 von 1,7% auf 3,2% gestiegen und hat sich damit nahezu verdoppelt.² Dazu kommt eine hohe Dunkelziffer, die mit dem Begriff der verdeckten (Alters-)Armut zum Ausdruck gebracht wird, da knapp 60% aller Anspruchsberechtigten die Grundsicherung im Alter aus Unwissenheit, Scham oder anderen Gründen gar nicht in Anspruch nimmt.³ Die Zahlen belegen, Altersarmut ist schon heute ein Problem. Und wenn man die aktuellen

¹ Destatis (2020a): Armutsgefährdungsquote gemessen am Bundesmedian nach Alter und Geschlecht in Prozent im Zeitvergleich, 13.08.2020; URL: <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Soziales/Sozialberichterstattung/Tabellen/03agg-zvbm-alter-geschl.html> (eingesehen am 13.08.2021).

² Destatis (2020b): KORREKTUR: Tag der älteren Menschen: Armutsgefährdung stieg seit 2005 am stärksten in der Generation 65 plus. Pressemitteilung Nr. N 062, 30.09.2020; URL: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/09/PD20_N062_634.html (eingesehen am 13.08.2021).

³ Buslei, Hermann/Geyer, Johannes/Haan, Peter/Harnisch, Michelle (2019): Starke Nichtinanspruchnahme von Grundsicherung deutet auf hohe verdeckte Altersarmut, in: DIW Wochenbericht, Nr. 49, S. 910-917, URL: https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.699934.de/19-49-1.pdf (eingesehen am 12.08.2021).



rentenpolitischen Debatten und Forderungen nach einer weiteren Absenkung des Rentenniveaus nach 2025 oder einer Erhöhung des Renteneintrittsalters betrachtet, wird dieses Problem zukünftig noch größer werden. Aufgrund der Kombination von sinkendem Rentenniveau, einer alternden Gesellschaft, steigender Kosten für Wohnraum, Gesundheit und Pflege und prekärer Arbeitsverhältnisse ist eine weitere Zunahme der Altersarmut quasi vorprogrammiert!

Die Diskussion war unterteilt in vier Fragerunden zu den Themenbereichen generationengerechte und nachhaltige Stärkung der gesetzlichen Rente, Chancengerechtigkeit, gute Arbeit, bezahlbares Wohnen und notwendige Verbesserungen bei Erwerbsminderung und in der Pflege.

Übereinstimmung herrschte bei der Forderung des Bündnisses gegen Altersarmut, dass versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialkassen, die annähernd doppelt so hoch sind wie die Steuerzuschüsse, zukünftig komplett aus Steuermitteln finanziert werden müssen, wofür ein zweistelliger Milliardenbetrag jährlich notwendig ist.

Unterschiedliche Positionen wurden unter anderem bei der Anhebung des Mindestlohnes auf 12,00 Euro, Verbesserungen bei der Grundrente, bei einer Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und der Einführung einer Ausbildungsgarantie oder bei der Einführung einer Pflegevollversicherung deutlich.

Einig waren sich die Politiker, dass das Thema Pflege eine der großen Herausforderungen für die nächste Bundesregierung ist.

Corona konform fand die Diskussionsrunde online statt und kann hier abgerufen werden:

<https://youtu.be/LRSeK5eT8ww>

Das Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg - mit 40 Bündnispartner*innen aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen - setzt sich seit vier Jahren für eine Altersversorgung ein, die zu einem Leben in Würde reicht und vor allem vor Armut im Alter schützt. Kernforderungen des Bündnisses sind die Stärkung der gesetzlichen Rente, bezahlbarer Wohnraum, Chancengerechtigkeit für Kinder, gute Arbeitsbedingungen und Löhne sowie die Einführung einer Pflegevollversicherung.

*Wir bedanken uns für den Bericht
bei Roland Bühler
Leiter der Abteilung Sozialpolitik und Sozialrecht
Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.*